

Postulat 16

Gesunde Zähne für alle statt für wenige

Claudio Soldati und Patricia Almela namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 14. November 2024

Mit der Überweisung der [Motion 260](#): «Familienbudgets entlasten – Unterstützung bei Zahnbehandlungen erhöhen» hat der Grosse Stadtrat im Juni 2024 gezeigt, dass ihm eine gute zahnmedizinische Versorgung auch von Kindern aus einkommensschwächeren Familien ein Anliegen ist. Aus Sicht der Postulant*innen gibt es bei einkommensschwachen Personen ohne Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen (EL) ein Manko bezüglich des Zugangs resp. der Finanzierbarkeit von zahnmedizinischen Behandlungen und Prävention.

In der Schweiz stellen zahnärztliche Behandlungen grundsätzlich keine Pflichtleistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung dar. Infolgedessen können sich insbesondere Personen aus einkommensschwachen Haushalten zahnmedizinische Behandlungen nicht leisten oder sie verzichten auf Präventivleistungen wie regelmässige Dentalhygiene. Gemäss Bundesamt für Statistik (BfS) ist fast ein Fünftel (18,9%) der Bevölkerung nicht in der Lage, eine unerwartete Rechnung von Fr. 2'500.– zu bezahlen.¹

Diese Situation ist unwürdig: So entstehen nämlich vielfach vermeidbare Infektionen und Probleme, die gefährlich sein können, mit frühzeitigem Eingriff kostengünstiger hätten behoben oder sogar ganz hätten vermieden werden können. In Luzern darf genügende zahnmedizinische Versorgung nicht ein Privileg für diejenigen sein, die es sich auch leisten können.

Besonders anspruchsvoll ist die Situation für Menschen, die sich finanziell knapp über der Schwelle zur Sozialhilfe resp. zu den Ergänzungsleistungen befinden. Denn Personen in der Sozialhilfe und in der EL können zahnmedizinische Behandlungen unter gewissen Voraussetzungen finanziert werden. Gemäss AFP 2025–2028 betrug die Sozialhilfequote in der Stadt Luzern im Jahr 2022 4,5%, gleichzeitig haben 4'695 Personen (= rund 5,5 % der Einwohner*innen) EL bezogen. Vor dem Hintergrund der Studie des BfS und den statistischen Zahlen von Sozialhilfe und EL, muss davon ausgegangen werden, dass rund 10% der Bevölkerung ohne Sozialhilfe und EL nicht in der Lage sind, eine hohe Zahnarztrechnung von über Fr. 2'500.– zu bezahlen.

Der Stadtrat wird gebeten, ein Pilotprojekt zu prüfen, damit Menschen aus einkommensschwachen Haushalten der Zugang zu zahnmedizinischen Diensten, inklusive empfohlener Präventivleistungen wie regelmässige Dentalhygiene, finanziell erleichtert wird.

¹ <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/24305045>